

Globaler Marsch nach Jerusalem

Aufruf für die Freiheit

Die Teilnehmer des Globalen Marsches nach Jerusalem halten fest:

Jerusalem ist aus politischen, kulturellen und religiösen Gründen für das palästinensische Volk und die Menschheit als ganzer von größter Bedeutung. Alle Versuche den kulturellen Charakter und die arabische Identität der Stadt zu zerstören, betrachten wir daher als Verbrechen gegen die Menschheit. Wir setzen uns für den Schutz der Heiligen Stätten und archäologischen Schätze ein und rufen alle internationalen Institutionen dazu auf diesbezüglich ihre Pflicht zu tun.

Die Verteidigung und Befreiung Jerusalems sind Pflicht aller freien Menschen weltweit und wir rufen daher alle Institutionen, Organisationen und Individuen dazu auf dieser Pflicht nachzukommen.

Wir verurteilen die ethnische Säuberung Jerusalems und des Rests von Palästina wie sie von den Zionisten durchgeführt wird. Wir lehnen die Politik der Judaisierung ab, die darauf abzielt die demografischen und geografischen Verhältnisse zu verändern. Wir kämpfen gegen die anhaltenden Versuche der zionistischen Besatzung die Apartheid-Mauer aufzurichten, um so palästinensisches Land zu enteignen, es zu besetzen und die schrumpfenden palästinensischen Enklaven von einander zu isolieren.

Wir unterstützen das Recht der Palästinenser ihr Land zu befreien und in ihm in Freiheit und Würde zu leben, so wie es allen Völkern der Erde zukommt.

Wir unterstützen das unverhandelbare und unveräußerliche Recht des palästinensischen Volkes in ihre Heimat, in ihre Häuser, in ihr Land, aus dem sie vertrieben wurden, zurückzukehren.

Wir weisen alle rassistischen Gesetze, die zwischen Menschen aufgrund ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit unterscheiden, zurück, und fordern ihre Aufhebung sowie ihr Verbot.

Der Globale Marsch nach Jerusalem repräsentiert keine politische Fraktion oder Partei, sondern ruft alle sozialen, politischen und ideologischen Richtungen zur Beteiligung auf.

Der Globale Marsch nach Jerusalem ist eine friedliche Bewegung, die Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele ablehnt.

Amman, 12. Dezember 2011